

P3

Projekt

Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018 in Hirschaid

Initiator*innen: Landesvorstand und Landesausschuss (beschlossen am:
17.03.2018)

Titel: Projekte zu Kapitel 3

Beschreibung

1 Demokratie stärken, politische Bildung fördern

2 Demokratie erhält sich nicht von selbst. Wir müssen sie täglich verteidigen,
3 erhalten und stetig erneuern. Das fängt an den Schulen an. Wir wollen, dass die
4 Kinder dort lernen, wie Demokratie funktioniert, verstehen, was sie ausmacht und
5 erfahren, wie sie sich anfühlt. Bayern ist leider Schlusslicht bei der
6 demokratischen Bildung. Wir weiten den Sozialkundeunterricht in allen Schularten
7 aus. Und wir sorgen nicht nur für die Theorie, sondern auch für das Erleben von
8 Demokratie in der schulischen Praxis: In allen Belangen der Schule sollen die
9 Schüler*innen künftig die Gelegenheit haben, sich zu informieren, mitzureden und
10 mitzuentcheiden. Darüber hinaus stärken wir die außerschulische
11 Demokratiebildung.

12 Zivilgesellschaft bei der Arbeit für Demokratie unterstützen

13 Ohne die Zivilgesellschaft, die den Nazis die rote Karte zeigt und Demokratie
14 und Vielfalt lebt, würde in Bayern nichts gehen. Wir schaffen deswegen ein
15 Landesprogramm, mit dem wir Unterstützungsmöglichkeiten für bürgerschaftliche
16 Bündnisse und unabhängige Beratungsstellen bereitstellen. Das Förder- und
17 Aktionsprogramm unterstützt freie Träger und Initiativen in ihren Bildungs- und
18 Präventionsmaßnahmen. Dafür stellen wir 1,3 Millionen in den Haushalt.

19 Polizei personell und ressourcenmäßig gut ausstatten

20 Immer mehr Aufgaben, unzählige Überstunden und eine Pensionswelle - das sind die
21 Herausforderungen, vor der unsere Polizei steht. Wir wollen die Polizei von
22 weniger dringenden Aufgaben und durch mehr Tarifbeschäftigte entlasten, damit
23 sie mehr Zeit für die drängenden Aufgaben hat. Wir gleichen die Pensionsabgänge
24 aus und stellen die nächsten fünf Jahre zusätzlich 500 neue Polizist*innen ein
25 und verteilen das zusätzliche Personal je nach Bedarf bayernweit. Auch muss der
26 digitale Streifenwagen zur Arbeitserleichterung endlich Realität in Bayern
27 werden.

28 **Gewalt gegen Rettungskräfte, Feuerwehr und Polizei eindämmen**

29 Wir wollen nicht länger hinnehmen, dass Menschen, die anderen Menschen in
30 Notlagen helfen, Ziel von Angriffen werden. Gewalt gegen Sanitäter*innen,
31 Feuerwehrleute und Polizist*innen durch überwiegend männlich alkoholisierte
32 Täter vor allem in größeren Städten, an Wochenenden und zu Nachtzeiten, nimmt
33 zu. Wir wollen die Alkohol- und Gewaltprävention ausbauen, ein Landeslagebild
34 zur Aufschlüsselung der Taten und eine Dunkelfeldstudie erstellen, sowie die Aus-
35 und Weiterbildungsmaßnahmen zur Deeskalation und Selbstverteidigung der
36 Helfer*innen ausweiten. Außerdem braucht es mehr Opferschutz in Form von
37 Beratungsangeboten. Wir schützen die Einsatzkräfte!

38 **Bürger*innennahe und transparente Polizei**

39 Uniformierte Polizeibeamt*innen sollen in Zukunft eine individuelle Nummer oder
40 – falls gewünscht – ihren Namen sichtbar tragen. Damit verstärken wir das
41 Vertrauen in unsere Polizei und schützen wir Polizist*innen vor falschen
42 Anschuldigungen. Die Nummern sollen nach einer festgelegten Zeit abgeändert
43 werden, so dass keine Datensammlungen zu einzelnen Polizeibeamt*innen erfolgen
44 können. Andere Bundesländer haben damit gute Erfahrungen gemacht und wir kommen
45 einem Urteil des Europäischen Menschenrechtsgerichts nach. Wir richten auch eine
46 unabhängige Polizeibeauftragtenstelle ein. Diese stärkt das partnerschaftliche
47 Verhältnis zwischen Bürger*innen und Polizei, unterstützt die Bürger*innen im
48 Dialog mit der Polizei und ist Ansprechperson sowohl für die Bürger*innen als
49 auch für die Polizist*innen. So geht Transparenz und Bürger*innennähe!

50 **Unabhängigkeit der Justiz**

51 Anders als auf Bundesebene und in den anderen Ländern werden in Bayern die
52 Richterinnen und Richter des Bayerischen Verfassungsgerichtshofes mit einfacher
53 Mehrheit im Landtag gewählt. Wir werden auch für diese Wahlen einführen, dass
54 eine 2/3-Mehrheit erforderlich ist. Somit wäre eine Verständigung der
55 Landtagsmehrheit mit der Opposition erforderlich. Dies wird dem Gericht noch
56 mehr Ansehen verschaffen und verhindern, dass es sich dem Verdacht ausgesetzt
57 sieht, nach CSU-Parteipolitik ausgewählt worden zu sein.

58 **Angemessene Ausstattung für eine gerechte Justiz**

59 Die Justiz schützt unsere Bürger*innenrechte und bewahrt unsere Demokratie.
60 Damit sie ihren wichtigen Aufgaben nachkommen kann, braucht sie ausreichend

61 Personal und eine gute Ausstattung. Mit uns gibt es mehr Richter*innen, mehr
62 Justizmitarbeiter*innen und mehr Beschäftigte im Justizvollzug. Dadurch wird die
63 Arbeitsbelastung der Beschäftigten in der Justiz auf ein vernünftiges Maß
64 reduziert, vor allem aber hilft das den Menschen, die sich an die Justiz wenden.
65 Dadurch werden die Prozesse schneller und besser bearbeitet. Die Justiz sichert
66 die Rechte der Menschen – wir sichern die Arbeitsfähigkeit der Justiz!

67 **Wahlalter 16**

68 Entscheidungen sollen auch von denen getroffen werden, die sie in Zukunft
69 mitzutragen haben. Deswegen wollen wir das Wahlalter 16 bei allen Wahlen und
70 Volks- und Bürgerentscheiden. Jugendliche haben ein Recht, stärker als bisher an
71 demokratischen Prozessen teilzuhaben! In vielen Bundesländern gibt es das aktive
72 Wahlalter schon lange – wir brauchen es jetzt auch endlich in Bayern.

73 Damit Jugendliche ihr Wahlrecht informiert ausüben können, wollen wir sie
74 umfassend vorbereiten. Politische Bildung muss deshalb in den Lehrplänen der
75 Schulen bereits wesentlich früher angesiedelt werden. Durch gezielte
76 Informationsprogramme sollen die Schülerinnen und Schüler auf die Wahrnehmung
77 ihres Wahlrechts vorbereitet werden.

78 **Parité in der Politik herstellen**

79 Demokratie geht nur geschlechtergerecht - denn Grundprämisse unserer Demokratie
80 ist, dass alle relevanten Teile der Bevölkerung angemessen repräsentiert werden.
81 Nur so kann garantiert werden, auch wirklich die Interessen aller zu
82 berücksichtigen. Der Frauenanteil stagniert in den Parlamenten auch 100 Jahre
83 nach Einführung des Frauenwahlrechts bei rund einem Drittel. Deswegen braucht es
84 eine verbindliche gesetzliche Regelung zur paritätischen Besetzung von
85 Kandidierendenlisten und Wahlkreisen durch alle politischen Parteien für die
86 Kommunal-, Landtags-, Bundestags- und Europawahlen: das Paritégesetz.

87 **Hilfesystem für gewaltbetroffene Frauen und ihre Kinder ausbauen**

88 Mindestens 55.000 Frauen in Bayern werden jährlich Opfer von sexualisierter
89 Gewalt. Über 140.000 Frauen erleben häusliche Gewalt. Wer Hilfe sucht, steht oft
90 vor verschlossener Tür: Die Ausstattung und Finanzierung der Frauenhäuser und
91 Notrufe im Freistaat ist beschämend schlecht. Wir GRÜNEN setzen uns für den
92 Ausbau von Frauenhäusern, Frauennotrufen und Fachberatungsstellen ein. Der
93 besondere Bedarf von Frauen und Mädchen mit Behinderung muss dabei
94 berücksichtigt werden. Wir sorgen für ausreichend betreute Übergangswohnungen
95 für gewaltbetroffene Frauen sowie ein konkretes Schutzkonzept für weibliche
96 Geflüchtete und ihre Kinder in den Unterkünften. Zusätzlich werden wir ein
97 umfassendes Präventionsprogramm gegen Belästigung und sexualisierte Gewalt
98 auflegen sowie eine unabhängige Ombudsstelle einrichten, an die sich Betroffene
99 wenden können.

100 **Aktionsplan für Antidiskriminierung, Gleichstellung und Akzeptanz sexueller** 101 **Vielfalt**

102 Wir werden einen landesweiten Aktionsplan für Antidiskriminierung,
103 Gleichstellung und Akzeptanz sexueller Vielfalt auflegen, der auf der einen
104 Seite auf Aufklärung und Bildung und auf der anderen Seite auf Schutz vor Hass
105 und Diskriminierung setzt. Neben Initiativen aus der LSBTIQ*-Community werden
106 wir dafür gesellschaftliche Gruppen und Verbände sowie Ministerien an einen
107 Runden Tisch holen. Wir wollen eine landesweite Antidiskriminierungsstelle
108 einrichten sowie Unterstützungs- und Beratungsangebote für LSBTIQ* auf- und
109 ausbauen - insbesondere im ländlichen Raum und für LSBTIQ*, die aufgrund einer
110 Behinderung, einer Flucht oder von Rassismus mehrfache Diskriminierung erfahren.
111 Wir wollen die Sensibilisierung an Schulen und in der Ausbildung von
112 Lehrer*innen sowie von Fachkräften bei Polizei, Verwaltung und im
113 Gesundheitswesen deutlich erhöhen.

114 **Coming out auf dem Land**

115 Eine aktuelle Studie des Deutschen Jugendinstituts belegt, dass 44% der
116 befragten Jugendlichen zwischen 14 und 21 Jahren aufgrund der sexuellen
117 Orientierung oder geschlechtlichen Identität bereits persönlich im Bildungs-
118 oder Arbeitskontext diskriminiert wurden. Insbesondere Jugendliche im ländlichen
119 Raum haben keine qualifizierten Anlaufstellen, an die sie sich in dieser
120 zutiefst verunsichernden Zeit des Coming Outs wenden können.

121 Wir wollen flächendeckend niederschwellige Beratungsangebote im ländlichen Raum
122 schaffen, die die LSBTIQ*-Jugendlichen in ihrer Entwicklung ernstnehmen, sie in
123 ihrer Identitätssuche stärken und ihnen konkrete Unterstützung anbieten.

124 **Regionale Kulturförderung**

125 Bayern ist seit über zweihundert Jahren ein hierarchisch strukturierter
126 Zentralstaat. Was lange Zeit ein Vorteil war, ist heute oft hinderlich. Statt
127 von München aus zentral und willkürlich zu entscheiden, welche regionalen
128 Einrichtungen und Projekte Mittel erhalten, suchen wir neue Wege zu mehr
129 Mitbestimmung vor Ort. Die Verlagerung der Entscheidungskompetenzen in die Hände
130 von lokalen Gremien und Kreativen wird die Vernetzung von Kulturschaffenden und
131 kommunalen Verantwortlichen fördern, Planbarkeit schaffen, neue Impulse setzen
132 sowie die Identifikation mit den Regionen stärken. In einem ersten Schritt
133 werden wir in einem Modellversuch das erfolgreiche sächsische Kulturraumgesetz
134 an die Besonderheiten Bayerns anpassen, die gemeinsame Selbstverwaltung der
135 Einrichtungen unterschiedlichster Träger in einer ausgewählten Region erproben
136 und dafür zusätzliche Mittel bereitstellen.

137 **Förderung von Vielfalt und Diversität in der Kulturarbeit**

138 Kultureinrichtungen wie Theater, Museen, Opern- oder Konzerthäuser spiegeln
139 meist die Vielfalt unserer Gesellschaft nicht wider – weder auf noch hinter der
140 Bühne. Um das zu ändern, brauchen wir einen Perspektivwechsel: Statt sich im
141 Wesentlichen darauf zu beschränken, neues Publikum an den bestehenden
142 Kulturbetrieb heranzuführen, müssen auch die kulturellen Institutionen sich
143 stärker mit unserer demokratisch und vielfältig gewandelten Gesellschaft

144 auseinandersetzen. Jede Institution muss ihre eigene Vielfalt und Diversität
145 analysieren, muss Zielvorgaben und Maßnahmenpläne erarbeiten, im Hinblick z.B.
146 auf die Anteile von Frauen und Männern, von Menschen mit Migrationshintergrund,
147 von Bildungs- und sozialen Schichten sowie Altersgruppen. Wir werden dazu mit
148 allen staatlichen und staatlich geförderten Einrichtungen Zielvereinbarungen
149 abschließen.

150 **Gebt das Hanf frei**

151 Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1994 muss endlich auch in Bayern
152 umgesetzt werden: der Besitz geringfügiger Mengen zum Eigengebrauch darf nicht
153 mehr zu Strafverfolgungsmaßnahmen und teuren und aufwändigen Polizeieinsätzen
154 führen. Wir entkriminalisieren damit die Cannabiskonsument*innen und entlasten
155 die Polizei! Darüber hinaus brauchen wir auf Bundesebene endlich ein
156 Cannabiskontrollgesetz, bei dem der Verkauf nur in lizenzierten Fachgeschäften
157 an Volljährige ermöglicht wird. Auch Anbau und Vertrieb und kommerzieller Anbau
158 muss dort geregelt werden. Den Jugendschutz werden wir durch klare Altersgrenzen
159 und den Verbraucherschutz für Volljährige durch klare Gesetze sicherstellen. So
160 geht vernünftige Drogenpolitik im Jahre 2018!